

KSIĘGARNIA
CENTRALNA

Freitag, den 5. Juni 1931

Oplata pocztowa uiszczona ryczałtem

Einzelnummer 20 Groschen

Lodzer

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

№. 152. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags.
Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Ploty 5.—, wöchentlich Ploty 1.25; Ausland: monatlich Ploty 8.—, jährlich Ploty 96.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 30 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Telephon 136-90. Postfachkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Ploty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Angriffe auf den Wojewoden Grazynski.

Nur noch ein Mensch ist überzeugt, daß er am richtigen Platze steht.

Die „Gazeta Warszawska“ veröffentlicht einen unerhört scharfen Angriff gegen den Wojewoden Grazynski. Sie zitiert im Anfang eine Äußerung des „Journal des Debats“, in der sich das französische Blatt gegen die Ausschaltung Korfants in Oberschlesien wendet und die Verdienste um die Polonisierung Oberschlesiens hervorhebt. Die „Gazeta Warszawska“ stellt die Frage, warum denn noch immer der Wojewode Grazynski auf seinem Posten verbleibe und was denn Außenminister Zaleski verschuldet habe, daß ihm solch ein Klotz an den Fuß gehängt worden sei.

Das nationaldemokratische Blatt weist in seinem Artikel weiter darauf hin, daß lediglich die Person des Wojewoden daran schuld sei, daß Polen in der ober-schlesischen Frage keinen Erfolg, sondern einen Mißerfolg zu verzeichnen habe. Eine der Ursachen dieses Mißerfolges sei die Tatsache, daß der Wojewode noch immer Ehrenvorsitzender des Verbandes der ober-schlesischen Aufständischen sei.

Die „Gazeta Warszawska“ fragt ferner, ob die 200 Klagefälle der deutschen Minderheit notwendig gewesen

seien für die Durchführung der Wahlen. Dadurch wäre der deutsche Aerger erweckt worden, und es hätten dagegen keine Studententrics geholfen; auch nicht die Methoden von Zuderbrot und Peitsche, die der Wojewode Grazynski in der letzten Zeit angewandt hat, und auch keine liberalen Aufrufe an die deutsche Minderheit sowie der Bluff des sogenannten Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbandes. Das Blatt schreibt zum Schluß wörtlich: „Von einer Normalisierung und Befriedung zwischen den beiden Völkern kann nicht mehr die Rede sein. Der Haß und die politischen Gegensätze sind bis zur Rotglut erhitzt. Der 10. Jahrestag der Schlacht bei Annaberg wird heute von den Deutschen ebenso gefeiert wie der Sedantag. Den Löwenanteil an diesen Verhältnissen trägt der Professor aus Galizien G d o w a mit dem veränderten Namen (das ist G r a z y n s k i), von dem heute nur noch buchstäblich ein Mensch in Polen überzeugt ist, daß er am richtigen Platze steht.“

Der Artikel ist von dem bekannten Publizisten Adolf Nowaczynski geschrieben.

Spanische Nationalversammlung für den 14. Juli einberufen.

Madrid, 4. Juni. Das Amtsblatt veröffentlicht das Dekret über die Einberufung der Nationalversammlung. Die Nationalversammlung tritt am 14. Juli zusammen. Das Kabinett wird sofort nach Zusammenritt der Nationalversammlung zurücktreten. Die Nationalversammlung soll alsdann einen provisorischen Staatspräsidenten wählen und eine Überprüfung der Amtshandlungen der jetzigen provisorischen Regierung vornehmen. Außer der Verfassung wird die Nationalversammlung das Statut für Katalonien vorgelegt werden, das jedoch keine Sonderrechte verleihen soll. Die Vasen wollen ebenfalls eine Vorlage zum Ausbau ihrer Selbständigkeit ausarbeiten und sie später gemeinsam mit den Wünschen Kataloniens der Nationalversammlung überweisen.

Der Exkönig und seine Regierung werden angeklagt.

Der Generalsstaatsanwalt hat eine Anklage gegen den Exkönig und seine Regierungen ausgearbeitet. Der Ministerrat beschloß, die Anklage vor der Nationalversammlung erheben zu lassen.

Verminderung der spanischen Marokkoarmee.

Der Ministerrat beschloß eine vorläufige Reorganisation der spanischen Marokkoarmee, nach der diese Truppenteile um drei Generale, 163 Offiziere, 234 Unteroffiziere und 5555 Mannschaften vermindert werden, was eine Ersparnis von mehr als 14 Millionen Peseten bedeutet.

Abkündigung des Adels in Spanien.

Der spanische Ministerrat erließ ein Dekret, demzufolge Adelsstitel und Adelsauszeichnungen in Spanien und von ausländischen Monarchien an Spanien nicht mehr verliehen werden dürfen. In amtlichen Schriftstücken dürfen keine Adelspräbilitate und Adelsstitel mehr erscheinen.

Die Extremen finden sich.

Landvolkführer für das kommunistische Agrarprogramm.

Der aus dem Bombenlegerprozeß bekannte schleswig-holsteinische Landvolkführer Bruno von Salomon stellte sich in einer Erklärung an die deutsche kommunistische Parteizentrale, die in der „Roten Fahne“ wiedergegeben wird, auf den Boden des kürzlich veröffentlichten kommunistischen Agrarprogramms. Bemerkenswert ist an dieser Erklärung, daß von Salomon sich sogar die Forderung für entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes zu eigen macht.

Großfeuer in Rußland.

In Pskow sind bei einem Großfeuer 76 Häuser niedergerannt.

Der Breslauer Prozeß.

Die Vorladung der Abgeordneten Kiernik und Gioskosz vor den Untersuchungsrichter. — Zwei Staatsanwälte werden die Anklage vertreten.

Für heute hat der Untersuchungsrichter Demant den Abgeordneten Dr. W. Kiernik und für morgen den Abgeordneten A. Gioskosz zu sich bestellt, um diesen beiden Breslauer Gefangenen — wie verlautet — den „Anklageakt“ vorzulegen. Die anderen Breslauer Gefangenen sollen der Reihe nach ähnliche Vorladungen erhalten.

Die Bekanntgabe des Anklageaktes ist die letzte Handlung des Untersuchungsrichters, so daß angenommen werden kann, daß die Anklage bereits fertiggestellt ist und in nächster Zeit der Termin des Prozesses bekanntgegeben wird.

Es wird behauptet, daß die Redigierung der Anklageschrift gegen die Breslauer Gefangenen die Vizestaatsanwälte Grabowski und Kause vornehmen werden, die auch vor dem Gericht als Ankläger auftreten werden. Der letztgenannte Staatsanwalt ist der breiten Öffentlichkeit aus dem „Bombenprozeß“ bekannt geworden.

Es wird demnach zum erstenmal im polnischen Gerichtswesen das Novum, daß zwei Staatsanwälte eine Anklageschrift unterschreiben, eingeführt werden.

Wie behauptet wird, sind einigen Staatsanwälten der Warschauer Staatsanwaltschaft in Verbindung mit der Vorbereitung der Anklageschriften gegen die Breslauer Gefangenen die Urlaube unterbrochen worden.

Ein Zeichen der Wirtschaftskrise.

181 Zusammenbrüche im ersten Jahresviertel 1931.

Auf Grund provisorischer Berechnungen des Statistischen Hauptamtes wurden in Polen im März 57 Zahlungseinstellungen angemeldet, im Februar 58 und im Januar 66, so daß sich also für das erste Jahresviertel die Zahl der Zusammenbrüche auf 181 beläuft.

Es geht um die Ausfuhr Polens.

Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen zwischen Polen und Oesterreich-Tschechoslowakei.

In Kürze werden in Wien polnische Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich und der Tschechoslowakei aufgenommen. Mit der Tschechoslowakei wurden bereits Ende Mai in Warschau Vorbesprechungen gepflogen. Bei den Verhandlungen wird es sich hauptsächlich um Aenderung der Vertragspunkte handeln, die sich auf den polnischen Vieh- und Schweineexport nach der Tschechoslowakei und nach Oesterreich beziehen, weil sich diese Vertragspunkte durch die Kündigung des tschechoslowakisch-

ungarischen Handelsvertrages und die am 1. Juli eintretende Schweinezollerhöhung in Oesterreich für Polen ungünstig auswirken. Insbesondere erwartet man in Polen von der österreichischen Schweinezollerhöhung eine sehr starke Beeinträchtigung der Ausfuhrinteressen der polnischen Landwirtschaft.

Sumult im Prager Parlament.

Wegen der Auslieferung eines kommunistischen Abgeordneten dem Gericht.

Aus Prag werden Krawalle im Abgeordnetenhaus gemeldet. Die Krawalle wurden von Kommunisten inszeniert, als die Auslieferung des kommunistischen Abgeordneten Major von der Mehrheit des Parlaments beschlossen wurde. Dieser Abgeordnete hatte am Pfingstmontag in einer kleinen Drucksache der Slowakei demonstrierende Landarbeiter gegen die Gendarmen geführt, wobei vier Arbeiter getötet und mehrere verletzt wurden. Der Abgeordnete wurde damals verhaftet, jedoch später auf freien Fuß gesetzt. In der vorgestrigen Sitzung beschloß das Prager Parlament unter tosendem Protest der Kommunisten die Auslieferung des Abgeordneten zur Strafverfolgung. Die Sitzung erreichte den Höhepunkt, als die Kommunisten sich auf den im Saale befindlichen Innenminister Dr. Slavik stürzten wollten, um ihn zu verprügeln. Die tschechischen Agrarier bildeten um ihren Parteigenossen einen Schutzwall.

Russisch-französische Verhandlungen.

Die Vorbesprechungen beginnen heute in Paris.

Wie wir aus Paris erfahren, haben die russisch-französischen Besprechungen, die vor, während und nach Genf geführt wurden, nunmehr das Ergebnis gezeitigt, daß Frankreich und Sowjetrußland offiziell in Wirtschaftsverhandlungen eintreten. Diese werden am 5. Juni in Paris beginnen. Eine russische Handelsvertretung fährt nach Paris, die die Verhandlungen führen wird. Diese finden vorläufig noch unter Ausschaltung der Schuldfrage statt, die bekanntlich in den französisch-russischen Beziehungen die langen Jahre hindurch die Schwierigkeit bildete. Mit den Vorbesprechungen ist man offenbar noch nicht so weit gekommen, die Schuldenfrage zu besprechen, und man hat auch augenscheinlich gefürchtet sie aufzurollen, da an der Schuldenfrage bisher alle Verhandlungen gescheitert sind. Ueber die politischen Fragen ist man in den Vorbesprechungen auch noch nicht vorwärts gekommen, jedenfalls noch nicht so weit, um in Besprechungen über die

politischen Fragen eintreten zu können. Die politischen Verhandlungen werden jedoch parallel mit den Wirtschaftsverhandlungen andauern, und beide Seiten hoffen, daß ein Ergebnis erzielt wird.

Paris, 5. Juni. Die russische Delegation für die französisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen ist am Donnerstag unter der Führung des stellvertretenden Volkskommissars Diolaiski in Paris eingetroffen.

Die Russen

bereiten den zweiten 5-Jahresplan vor.

Moskau, 5. Juni. Bei der staatswirtschaftlichen Sowjetkonferenz wurde ein Ausschuß gebildet, der einen zweiten 5-Jahresplan ausarbeiten soll. Der Ausschuß zählt 73 Mitglieder.

